AZA 8416 Flaach (Adressänderungen: Postfach 54, 8416 Flaach)

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«Ja zur Schweiz»

www.schweizerzeit.ch | 43. Jahrgang, **Nr. 14**, Freitag, 15. Juli 2022

Offener Brief an Robert Habeck 2

Zwischen Ideologie und Technologie 16

Sex-Tipps für Zwölfjährige? 18

Ruine Stein in Baden
Bild: Barbara Steinemann, Watt/Regensdorf ZH

Offener Brief zur Energiesicherheit an Robert Habeck

Es kann einem angst und bange werden

von Hans Ambos, Energie-Experte, Bensheim, Deutschland

Seit Putins Angriffskrieg auf die Ukraine steht das Thema Energiesicherheit ganz oben. Zwar hat Wirtschaftsminister Robert Habeck gesagt, man setze «alle Hebel in Bewegung», um unabhängiger von russischer Energie zu werden. Doch wenn man den (hier gekürzten) Offenen Brief des Energieexperten Hans Ambos (im «Kalte-Sonne-Blog 2.0» Spenden@kaltesonne.de) liest, wird einem angst und bange.

Hans Ambos

Sehr geehrter
Herr Minister Habeck
Als Wirtschafts- und Klimaminister arbeiten Sie an der Energiewende und an der «Dekarbonisierung» Deutschlands zur Abwendung der «Klimakatastrophe». Ihr Ziel heisst: hundert Prozent «Erneuerbare» in wenigen Jahren. Ihr Massnahmenpaket für die Energiewende lässt aber viele Fragen offen. Der Anteil von Wind- und Solarenergie beträgt nur fünf Prozent am Primärenergieverbrauch (2021) in Deutschland. Durch den Doppelausstieg aus Kohle und Kernenergie entsteht eine gewaltige Versorgungslücke. Zudem explodieren die Kosten der Energiebeschaffung.

Wind und Solar

Binnen acht Jahren wollen Sie diesen Anteil von fünf auf achtzig Prozent erhöhen. Durch eine einfache Verdoppelung der Windräder und Photovoltaik (PV)-Anlagen in Kombination mit grossen Speichern soll dies geschehen. Das kann natürlich nicht funktionieren, denn bei Dunkelflaute produzieren auch zehnmal so viele nicht regelbare (!) Erneuerbare keinen Strom. Dunkelflauten, auch über mehrere Tage, werden bisher durch das Hochfahren der Kohle- und Gaskraftwerke überbrückt.

Also stellt sich die ganz einfache Frage: «Woher kommt der Strom nach dem Aus für Kohle, Gas und Kernenergie?» Fast jeden Abend öffnet sich eine grosse Versorgungslücke. An insgesamt sechzig Tagen im Jahr 2021 gab es praktisch keinen Ökostrom!

In Bayern Windräder zu errichten, ist ökologisch und ökonomisch Unsinn. Die Windgeschwindigkeit ist durchschnittlich nur halb so hoch wie an der Küste. Windräder in Süddeutschland haben aber bei halber Windgeschwindigkeit nicht die halbe Leistung, sondern nur 12,5 Prozent, denn die Windenergie sinkt in der dritten Potenz zur Windgeschwindigkeit. Acht Windräder in Süddeutschland produzieren nur so viel Strom wie eines an der Küste.

Sehen Sie die Nebenwirkungen wie das Schreddern von Vögeln und Fledermäusen, Abholzung der Wälder, Verschandelung der Landschaft durch Windräder als vertretbar an? Ist der Flächenverbrauch von Ackerland und naturbelassenen Flächen für riesige PV-Anlagen und Windräder einfach hinnehmbar? Das benötigte Material für eine einzige Windturbine besteht aus 1'200 Tonnen Beton, 260 t Stahl, 4,7 t Kupfer, 3 t Aluminium und 2 t Seltene Erden und vielen Tonnen Verbundwerkstoffe mit Kunststoffen. Für Ihre zusätzlichen 24'000 Windräder bis 2030 kommen somit unfassbare Massen in Betracht. Und können Sie von Nachhaltigkeit sprechen bei maximal zwanzig Jahren Laufzeit von Windrädern? Und warum haben Sie die Entsorgung der Windräder nicht geregelt?

Photovoltaik

Solarpanels werden in China mit billigem Kohlestrom hergestellt. In den Wüsten Nordafrikas braucht es nur vier Jahre, um die Energie (Joule oder kWh), die zu ihrer Herstellung gebraucht wurde, zu erzeugen (gemäss ETH Zürich). Photovoltaik braucht nördlich der Alpen etwa achtzehn Jahre, um die Energie seiner Herstellung zu erzeugen. Ist das etwa ökonomisch, ökologisch oder nachhaltig?

Energiekrise und Stromkollaps als Hauptgefahr

Robert Habeck

Die Schweizerzeit bringt im Hinblick auf den 1. August als Leitartikel den hier auszugsweise abgedruckten Offenen Brief zur Energie(un)sicherheit von Hans Ambos, einem Energieexperten, an den grünen Klima- und Wirtschaftsminister Robert Habeck. Dies, weil sich auch bei uns aufgrund der sogenannten «Energiewende» eine Energiekrise und eine Strommangellage mit schwerwiegenden Folgen abzeichnet. Wir erachten diese Gefahren für unsere Sicherheit und Unabhängigkeit sowie für unsere Wirtschaft und die Sicherung der Arbeitsplätze als derzeit wohl grösstes Problem, dessen Lösung eines «Stromgenerals» bedarf. Wie in Deutschland müssen auch bei uns endlich die nötigen Massnahmen für eine sichere, günstige und ausreichende Energieversorgung ergriffen werden, und zwar rasch und ohne ideologische Scheuklappen.

Speicher

Weil man im Stromnetz keinen Strom speichern kann, sollen mehr Pumpspeicher-Kraftwerke als Stromspeicher dienen. Alle zwanzig Pumpspeicher in Deutschland können rechnerisch den Strombedarf Deutschlands nur für siebzehn Minuten decken, dann sind alle Speicherseen leer. Das grösste Batteriespeicherkraftwerk der Welt, die Moss Landing Energy Storage Facility in Monterey County (USA), hat eine Spitzenleistung von 300 MW und eine Kapazität von 1'200 MWh. Es bräuchte 200 solcher Batterien, um Deutschland nur vier Stunden mit Strom zu versorgen, dann sind sie leer. Um eine zweitägige Dunkelflaute zu überstehen, bräuchte es für Deutschland 2'500 solcher Anlagen.

Wasserstoff

Nun soll Wasserstoff zum Speichern von Energie genutzt werden. Da bei der Umwandlung von Strom zu Wasserstoff und wieder zurück zu Strom, physikalisch und technisch bedingt, 75 Prozent der Energie verloren geht und diese Anlagen sehr teuer sind, müsste der Strompreis auf über 1,50 Euro pro kWh steigen. Bisher wird Wasserstoff durch die Dampfreformierung aus Erdgas hergestellt. Bei niedrigen Erdgaspreisen gab es viele Anwendungsgebiete für den «grauen» Wasserstoff. Den klimaschädlichen «grauen» Wasserstoff wollen Sie nun durch «grünen» Wasserstoff ersetzen. Aus den Vereinigten Arabischen Emiraten wollen Sie «grünen» Wasserstoff in grossen Mengen nach Deutschland bringen. Für die Herstellung einer Kilowattstunde Wasserstoff benötigt man drei bis vier Kilowattstunden Strom. Das ist nicht zu ändern, weil es die Physik so will. Und wie wollen Sie den Wasserstoff nach Deutschland transportieren? Mit Tankschiffen? Es gibt weltweit nur einen einzigen und sehr kleinen Flüssiggastanker für Wasserstoff, die «Suito Fronitier» in Japan. Zudem ist die Wasserstofftechnik lebensgefährlich.

Kohle

Die Braunkohle ist die einzige nennenswerte heimische Energie. Sie hat das Potential, einen Drittel des deutschen Strombedarfes zu decken. Der Kohleausstieg hat dazu geführt, dass die Blöcke nach und nach abgeschaltet werden. Man kann Kohlestrom mit der CCS-Technik (CCS = Carbon Capture and Storage) CO_2-frei produzieren. Die Kohlendioxid-Vermeidungskosten bei einer CCS-Nachrüstung von Kohlekraftwerken liegen in einem Bereich von 65-70 Euro pro Tonne CO_2, und im Fall von Gaskraftwerken bei 70-85 Euro pro Tonne CO_2. Das lohnt sich, weil die CO_2-Zertifikate der EU schon bald teurer sein werden. Aber Sie haben CCS-Technik in Deutschland einfach verboten. Warum nur? In Schweden funktioniert das schon. Das CO_2 wird in tiefen geologisch geeigneten Schichten unter die Ostsee gepresst. Das Ergebnis Ihrer Politik ist aber, dass Deutschland wieder einmal eine Zukunftstechnologie verpasst hat.

Fortsetzung auf Seite 4

Problembeschreibung statt Problemlösung

cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl

Kernenergie

Sie sagten, man könne über alles, also auch über Kernenergie, reden. Dann ändern Sie schnell das Atomgesetz und lassen Sie die Wirtschaft machen! Aber Sie blockieren mit falschen Argumenten den Weiterbetrieb unserer letzten drei KKW und das Wiederanfahren von drei weiteren Blöcken. Technische Probleme gibt es keine. Und Sie könnten im nächsten Winter und in den nächsten Jahren mit der Strommenge von 65 TWh, die von den letzten sechs Kernkraftwerken (8'200 MW) pro Jahr produziert werden kann, den grössten Teil des russischen Erdgases CO_2-frei ersetzen. Wollten Sie den «Atomstrom» beispielsweise durch Windkraft ersetzen, dann bräuchten Sie allein dafür 25'000 Windräder zusätzlich.

Hätte Frau Merkel nicht, zum Teil widerrechtlich (bei den ersten acht KKW geschehen), die Kernenergie in Deutschland beendet, könnten wir heute einen Anteil von 35 Prozent CO_2-freiem Atomstrom im Strommix haben. Hätte Deutschland nicht nach Tschernobyl den planmässigen Ausbau der Kernenergie beendet, könnten wir heute achtzig Prozent Atomstromanteil haben – und bräuchten kaum Erdgas oder Kohle.

Nun ist aber die blosse Verbrennung von Kohle, Erdöl und Erdgas zur Strom- und Wärmeerzeugung prinzipiell keine gute Idee. Diese fossilen Rohstoffe sind über viele Millionen Jahre entstanden. Wenn die Menschheit diese an sich wertvollen Rohstoffe für die Chemie, die Landwirtschaft und die Pharmazie in nur wenigen Jahrzehnten bei Gas und Öl und einigen hundert Jahren bei Kohle verbraucht, dann kann es durchaus sein, dass der Räumungsbefehl für den Menschen auf dem blauen Planeten schon geschrieben ist.

Glücksfall Uran und Thorium

Die Erde birgt aber einen riesigen Schatz – einen fast unerschöpflichen Vorrat von Uran und Thorium. Diese beiden Elemente taugen zur CO_2-freien Erzeugung von Energie für Milliarden Menschen für Jahrhunderte. Die Brütertechnologie nutzt Uran um den Faktor 100 besser aus als bisherige Reaktoren. Aus den Weltmeeren lassen sich mehr als eine Milliarde Tonnen Uran wirtschaftlich gewinnen. China erforscht diese Methoden bereits. Der Weltklimarat empfiehlt ausdrücklich die CO_2-freie Nutzung und Entwicklung der Kernenergie zum Klimaschutz. Kann es sein, dass wir der energiepolitische Geisterfahrer sind und nicht all die anderen? Hingegen sind Gaskraftwerke für den Klimaschutz schlecht. Die CO_2-Bilanz ist bei GuD-Anlagen (Gas und Dampfkraftwerke) mit sechzig Prozent Wirkungsgrad nicht besser als bei Kohlekraftwerken. Bei reinen Gasturbinen mit nur dreissig Prozent Wirkungsgrad ist der CO_2-Ausstoss sogar doppelt so hoch.

E-Autos

Wenn ein E-Auto an die Steckdose geht, muss – wegen der vorrangigen Einspeisung der Erneuerbaren – ein regelbares Kohle- oder *Gaskraftwerk* zeitgleich die Leistung erhöhen, um den Akku zu laden. Wie wollen Sie diesen Strom nach dem Kohle- und Gasausstieg für Millionen E-Autos (und Millionen Wärmpumpen) erzeugen? Zudem hat beispielsweise ein Audi E-Tron einen siebzehn Tonnen schweren CO_2-Rucksack. Er hat erst nach 166'000 km einen ökologischen Vorteil gegenüber einem Verbrenner – aber nur, wenn der gesamte Strom erneuerbar hergestellt wurde. Zusätzlich ist der Verbrauch an Rohstoffen für E-Autos wesentlich höher als bei Verbrennern. Das ist ökologischer und ökonomischer Wahnsinn und für das Klima eher schädlich. Warum wollen Sie durch milliardenschwere Subventionen Elektroautos auf die Strasse drücken, wenn doch der Schaden derart immens ist?

Heizung

Neue Öl- und Gasheizungen wollen Sie verbieten. Wärmepumpen sollen Öl- und Gasheizungen sehr bald ersetzen. Sechs Millionen Wärmepumpen sollen bis 2030 installiert werden. Sie sind sehr teuer, verbrauchen viel Strom und machen Lärm. Der Stromverbrauch für Wärmepumpen liegt bei 27 bis 42 kWh pro m² Wohnfläche. Dies bedeutet bei einem Haus mit 160 m² Wohnfläche einen mittleren Stromverbrauch von 4320 kWh bis 6720 kWh pro Jahr zusätzlich. Zudem werden allein für den Einbau 100'000 zusätzliche Fachkräfte in Deutschland gebraucht.

Blackout

Sehen Sie die Gefahr eines grossen Blackout? Zumindest sind Stromabschaltungen, die zeitlich und örtlich begrenzt sind, genau wie in Drittweltländern, praktisch sicher. 2020 gab es 56 Nächte ohne Wind. Die Stromversorgung konnte

nur mit Atomstrom aus Frankreich und Kohlestrom aus Polen sichergestellt werden. Sind wir also schon in der Strommangelwirtschaft, angesichts der Zahlungen von 1,2 Milliarden. Euro (2019) für Redispatch (Eingriffe in die Stromerzeugung zur Vermeidung von Überlastungen des Netzes)?

Energiemangelwirtschaft

Sie sagen, dass es nach dem grossen Abschalten in Deutschland Strom nicht mehr «bedarfsgerecht», sondern «angebotsorientiert» geben wird. Und zwar zu «nachhaltiggerechten» Strompreisen. Was soll das heissen? Frankreich hat mit seinen 57 KKW-Blöcken gegenüber Deutschland nur ein Fünftel der CO_2-Emissonen bei einem nur halb so hohen Strompreis. Es erzeugt siebzig Prozent seines Stromes mit Kernenergie. Heizung, Warmwasser und Klimaanlage – alles mit Atomstrom. Frankreich braucht kein Erdgas und keine Wärmepumpen. Ist das nicht ein Grund um neidisch zu sein, Herr Habeck?

Ist die Summe zur Förderung für erneuerbare Energien von etwa 100 Milliarden Euro pro Jahr für alle Subventionen, EEG-Umlagen, CO_2-Steuer, Steuererleichterungen und Kaufprämien für E-Autos nicht jetzt schon viel zu hoch für unsere Volkswirtschaft? Nach den Plänen der Regierung werden diese Ausgaben noch gewaltig steigen.

Vorreiterrolle?

Ein Basiswissen in Physik und Mathematik ist in der Politik und den Medien leider nicht vorhanden. Leistung und Energie werden ständig falsch verwendet. Bei Kapazität, Wirkungsgrad und den Hauptsätzen der Thermodynamik herrscht Ahnungslosigkeit. Mega, Giga oder Terra: alles egal. Deutschland hat eine Vorreiterrolle, sagen Sie immer wieder – doch niemand reitet hinterher! Als fast Einzige in der Welt schalten wir die besten KKW ab. Haben Sie sich mal gefragt, ob nicht Sie der energiepolitische Geisterfahrer sind und nicht die anderen fünfzig Nationen, die gerade KKW bauen?

Herr Habeck, wenn Sie erkannt haben sollten, dass Sie ein totes Pferd reiten, müssen Sie absteigen. Ich bin gespannt auf Ihre Antwort und freue mich darauf.

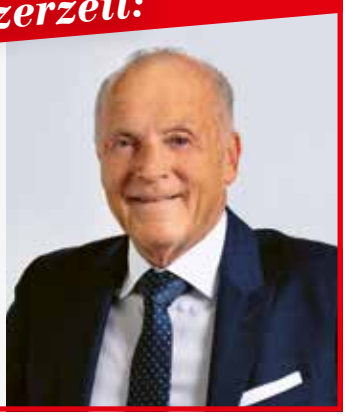
Hans Ambos

Ihr Inserat
in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf.
Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied
Pro Libertate-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch



«Gfotz»

Eine Bürgerin, ein Bürger, die eine Initiative unterzeichnen, nehmen ein ihnen zustehendes elementares demokratisches Recht wahr. Sie zeigen Verantwortung, indem sie sich persönlich an der Ausgestaltung der Eidgenossenschaft beteiligen. Für dieses Handeln gebührt ihnen – müsste man zumindest meinen – Respekt.

Damit die Unterschriften, die unter Volksbegehren gesetzt werden, auch zählbar werden, sind die unterzeichnenden Bürgerinnen und Bürger auf die Post angewiesen. Per Post gelangen unterzeichnete Unterschriftenbogen an die Sammelstelle, die für die Zählung, das Einholen der Gültigkeitserklärung und schliesslich die Einreichung aller gesammelten und geprüften Unterschriften bei der Bundeskanzlei verantwortlich ist.

Was soll diese Zusammenfassung elementarer Versandvorgänge überhaupt in der «Spalte rechts»?

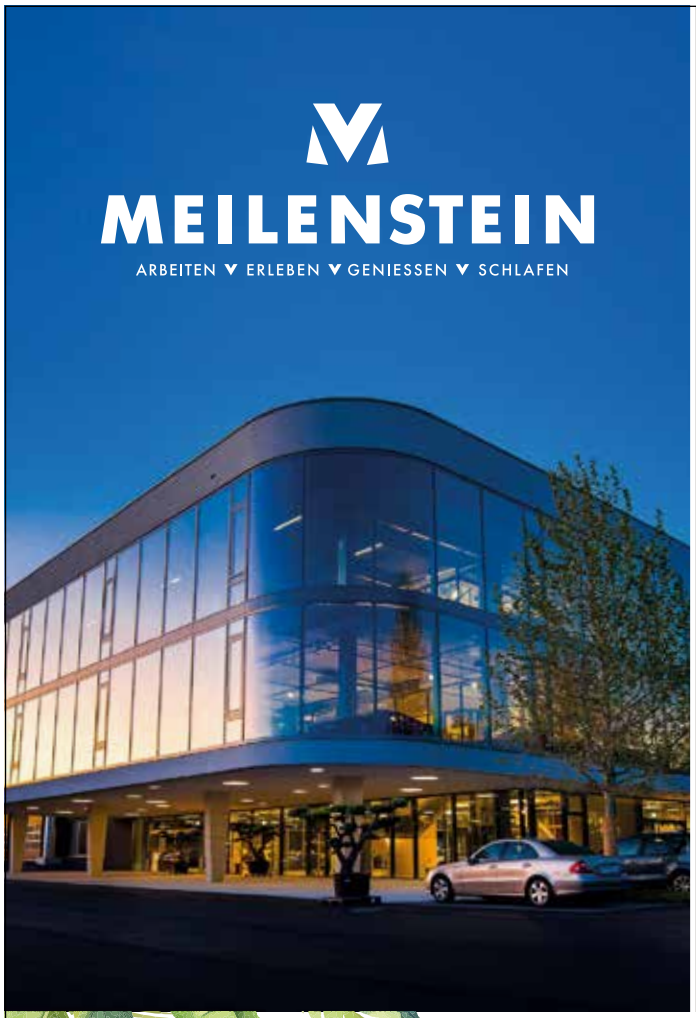
Die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, die Volksbegehren unterzeichnen, müssten einmal zu Gesicht bekommen, in was für einem Zustand die Post unterzeichnete Unterschriftenbogen der Sammelstelle zukommen lässt, nachdem diese Bogen in einem Postzentrum offenbar maschinell eingelesen und sortiert worden sind.

In vielen, viel zu vielen Fällen trifft «Gfotz» bei der Sammelstelle ein: Angerissene, teilweise abgerissene, nicht selten vollkommen zerrissene, zu Hunderten zerknüllte Bogen.

Hält man dieses «Gfotz» in Händen, fragt man sich unwillkürlich: Beweist auf diese Weise die altgedienten linken Politikern so grosszügig wohldotierte Pfründen anbietende Post ihren «Respekt» gegenüber Bürgerinnen und Bürgern, die ein ihnen zustehendes politisches Recht wahrnehmen?

Elementare Sorgfalt, respektvoll behandelte Briefpost: Das scheint etwas, das die Post ihren Kunden kaum mehr anzugedeihen bereit ist. Dafür treffen Neuigkeiten ein: Der Staatsbetrieb Post, in seinem Kernauftrag offensichtlich Schludrigkeit beweisend, will sich in einen Gemischtwarenladen verwandeln, der neuerdings sogar Versicherungen verkauft. Der Leistungsausweis, der aus dem Kernauftrag der Post sichtbar wird, mag illustrieren, was die Kundschaft von diesem parlamentarischer Aufsichtskontrolle entzogenen Staatsbetrieb zu erwarten hat.

Ulrich Schlüer



EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung

Lotzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch

KIDDY DOME
SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ

WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH – 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00

Warum Buben scheitern

Auf dem Abstellgleis: jung, männlich, weiss

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

In meiner Kantonsschule ist der Knabenanteil auf rund dreissig Prozent gesunken. Denn der gesellschaftlich Benachteiligte ist heutzutage jung, weiss und männlich. Warum ist das so, und was kann man tun?

Knaben werden von Lehrerinnen und Lehrern in bezüglich Sozialverhalten als problematischer eingeschätzt und schlechter bewertet. Bereits in der Primarschule werden sie häufiger verspätet eingeschult. Bei der Sekundarbildung sind die Knaben dann in jenen Bereichen untervertreten, die zur Uni führen, und sie brechen die Schule häufiger ab. Auch in der Berufsbildung haben sie Probleme, und in den Lehrabschlussprüfungen scheitern signifikant mehr junge Männer. In den meisten Fächern sind die Noten der Maturandinnen besser als jene der Maturanden. Mehr Frauen als Männer nehmen ein Studium auf. Männliche Bildungsverlierer haben geringe Chancen auf dem Arbeitsmarkt.

Faulpelz-Syndrom?

Die Erklärungen dafür sind unklar. Moniert wird, es gäbe zu wenig Lehrer auf der Unter- und Mittelstufe, und die Schüler seien diskriminiert bei der Notengebung, es fehle den Knaben an Vorbildern. Die Schülerinnen hätten einen Entwicklungsvorsprung, wogegen die Knaben unter einer eher instabilen Männlichkeit litten. Männliche Selbstüberschätzung führe zu geringerem schulischem Einsatz («Faulpelz-Syndrom»). In gewissen Kreisen gälten akademische Inhalte als unmännlich und uncool. Traditionelle Männlichkeit führe zu Schuldevianz und Distanzierung von der Schule zu negativer Einstellung gegenüber Schule und weniger Lernfreude. Knaben seien stärker freizeitorientiert und hätten einen leistungsmindernden Medienkonsum.

Migrationsproblem

Die Forschung sagt, das Elternhaus sei von grosser Bedeutung, denn es präge Ressourcen und Geschlechtervorstellungen und Schulentfremdung mit. In Arbeiterfamilien und Schulzweigen mit niedrigem Anspruchsniveau seien die Geschlechterunterschiede zu Ungunsten von Knaben grösser. In traditionellen Familien mit patriarchalen Geschlechterrollen würden Knaben zu mehr Dominanz erzogen, Mädchen zu mehr Unterordnung, was bei den Knaben zu Schuldevianz führe. Auf gut Deutsch und unzensiert heisst das: Auch hier haben wir ein gravierendes Problem mit Zugewanderten. Aber nicht nur. Denn das Problem trifft auch die ansässige Bevölkerung. Und während ein Heer von Sozialarbeitern, Anwälten und Integrationsspezialisten darauf wartet, die Ausländerkinder zu betreuen, bleibt eine Gruppe ohne Hilfe: die weissen Knaben.

Anatolischer Familientyrann als Schulaufseher?

Was tun? Die Bildungsprofessoren aus dem linksliberalen Milieu haben selbstverständlich ihre Rezepte: «Inklusions- und integrationsfördernde Massnahmen; Thematisierung von Geschlechterbildern (Durchbrechen alter Denkweisen: Männer = Dominanz = Technik = Berufsbildung versus Frauen = Haushalt = soziale Berufe); Sensibilisierung gegenüber Stereotypen; Vielfalt propagieren: Frauen als Mathe-Lehrpersonen, Männer als Deutschlehrer, aber auch Migranten und Lehrpersonen aus der Arbeiterschicht». Also soll es der anatolische Familientyrann als Schulaufseher im Zusammenspiel mit der Sozialpädagogin richten.

Einfache Rezepte

Unsere Rezepte sind simpler gestrickt: Statt ein weibliches Biotop mit einem Heer von Betreuern muss die Schule wieder mehr männliche Lehrer einstellen. Und eine Atmosphäre von Wettbewerb und Kampfgeist mit Fokus nicht nur auf Mädchenfächer soll die Knaben begeistern.

Hermann Lei

Churz&Bündig

Die sture, masslose Bürokratisierung der seit über zwanzig Jahren ungehemmter Reformitis ausgesetzten, zuvor weltweit respektierten Schweizer Volksschule hat tausende Lehrerinnen und Lehrer, vom Formularkrieg buchstäblich erschlagen, aus den Schulzimmern hiesiger Schulen vertrieben. Die Quittung in Form hunderter Schulklassen ohne Lehrer überfällt jetzt die Schweiz. Unser Rezept: Verjagt endlich und rigoros die Hundertschaften von Bildungsfunktionären aus den staatlichen Bürokratien, auf dass Lehrer sich wieder Schülern, nicht der Speisung dieser Bürokratie durch tausenderlei Formulare widmen können.

us

Leserbriefe

Schweizer Städte vom Umland finanziert

Warum pendeln Landbewohner in die Stadt? Weil sie dort arbeiten wollen, was den rot-grünen Platzhirschen zunehmend fremd geworden ist. Die «Umländer» tragen massgeblich bei zur Wertschöpfung, von der die Stadt primär via Steuern profitiert. Für Rotgrün scheint Geld etwas zu sein, das man von den Arbeitenden – einfältigen Landeiern – bloss einzuziehen braucht. Sie beschränken sich aufs Verteilen und profitieren von verbilligten Stadtwohnungen, Verkehrsmitteln und verbilligter Infrastruktur. Das Wissen, dass jemand das Geld zuvor verdienen muss, scheint vor allem den rotgrünen Berufspolitikern abhandengekommen zu sein.

Alex Schneider, Küttigen AG

Berufspolitiker

Die Kolumne «Berufspolitiker sind unser Ende» von Samuel Balsiger (SZ Nr. 12/2022) trifft den Nagel auf den Kopf. Offiziell hat die Schweiz ein Miliz-Parlament. Spätestens seit den letzten Wahlen ist der Anteil der Parlamentarierinnen und Parlamentarier, welche nur noch vom Gehalt und den Spesen ihres politischen Amtes leben, jedoch massiv gestiegen. Die Auflage für eine Wahl müsste daher wie folgt definiert werden: Ins Parlament gewählt werden dürfen nur noch Personen, welche ein jährliches Arbeits-Einkommen von mindestens 40'000 Franken ausweisen können

Willi Schwarz Felben, Wellhausen TG

Zur Anti-Chaoten-Initiative

Es ist überaus lobenswert, dass Politikerinnen und Politiker wie Kantonsrätin Nina Fehr Düsel mit der Initiative «Demonstrieren statt Demolieren» (SZ Nr. 12/2022) versuchen, unsern verstörten Staat zu stärken, damit er nicht ganz verkommt. Nur ist zu befürchten, dass all die dazu aufgewendete Energie am Ende nicht viel bringt: Wer ist bei einer Hausbesetzung der Verantwortliche? Wer bezahlt – auch wenn kein Geld zu holen ist? Denn bereits heute haben wir Gesetze, die aber nicht angewendet werden (Vermummungsverbot, Demo-Vorschriften, Hausfriedensbruch als Straftatbestand). Die Härte des Gesetzes findet sich oft nur noch auf dem Papier. Es bräuchte Gesetze, die auf die Arbeitsweise aller verantwortlichen Exekutivorgane einwirken, in denen festgeschrieben ist, welches die zu vollziehenden Konsequenzen im Falle gesetzwidrigen Handelns (entgegen dem Auftrag des Souveräns) sind. Dennoch unterschreiben wir die Initiative und danken für den Einsatz.

Martin J. Fischer, Küsnacht ZH

Ein neuer Generationen-Clash?

Ich habe als Schulbub die Kriegsmobilmachung in der Schweiz erlebt und erfahren müssen, was Rationierung der Lebensmittel bedeutet und was unsere Frauen in vereinsamten Bauern- und Gewerbebetrieben leisten mussten, weil fast alle wehrfähigen Männer in die Armee eingerückt waren. Plötzlich tauchten in unserem Dorf fremde Uniformen auf, und in der Zeitung erschienen hungrige Kinder vor Suppentellern mit ihren Müttern, die unter dem Schutz des Roten Kreuzes über die Grenze gekommen waren. Unser Lehrer weckte unser Verständnis für diese Generation, indem er sagte, dass gute Taten auf uns selber zurückfallen würden. In diesem Glauben hofften wir auf eine bessere Zukunft. Aber diese fiel anders aus: Ein scharfes linkes Rotauge (Jean Ziegler – die Red.) sah in Thun deutsche Maschinengewehre auf der Fahrt nach Italien von einem SBB-Wagen fallen, der zu dieser Zeit gar nicht auf der Strecke war. Der von den Nazis erfundene Judenstempel wurde wahrheitswidrig Heinrich Rothmund, dem Chef der schweizerischen Fremdenpolizei, angelastet. Und die Tatsache, dass die vorzeitige Kapitulation der deutschen Heeresgruppe C in Oberitalien, welche den Auftrag hatte, die Städte und Industriebetriebe in der Po-Ebene in eine Wüste zu verwandeln, v.a. dank der Grosstat von Max Waibel ermöglicht wurde, hat später ein linker Schreiberling dahingehend «korrigiert», Waibel sei

Jubiläums-Generalversammlung des Vereins Freunde der SVP
Für die zehnte Hauptversammlung des Vereins Freunde der SVP kehrten die Mitglieder an den Ort zurück, wo er im Jahre 2012 aus der Taufe gehoben worden war – ins «Haus der Freiheit» oberhalb von Ebnat-Kappel. Zweck des Vereins ist es, im Bezirk Aarau Veranstaltungen durchzuführen, um damit Finanzen für bürgerlich konservative Anliegen und für die Wahl entsprechender Amtsträgern zu generieren; auch das Gesellschaftliche kommt dabei nicht zu kurz. Highlights der 10. GV waren nach dem Nachtessen die Anekdoten von Toni Brunner aus seiner Tätigkeit als Züchter von Eringerrindern und die Teilnahme an den Kuhkämpfen im Wallis, wo er mit seinen Kühen bereits Auszeichnungen geholt hat. Das Foto zeigt die Gründungsmitglieder am 28. April 2012 mit (von links) Toni Brunner als Vereins-Götti und Vereinspräsident Franz Udo Fuchs.

PICs Volltreffer

«Wer schlägt, der geht!»

Allein in den ersten zehn Monaten 2021 wurden hierzulande gemäss dem Bundesamt für Statistik (BfS) 21 Frauen getötet, der Grossteil im Rahmen von «häuslicher Gewalt». Dabei sind ausländische Täter aus frauenverachtenden Kulturen überproportional vertreten. Vorbildlich setzt sich die SVP für eine konsequente Umsetzung der Ausschaffungs-Initiative ein – ebenso für die Einbürgerung auf Probe sowie Nulltoleranz gegenüber Gewalttätern.

Selbst seitens der Linken und Grünen bis hin zur FDP herrscht Konsens, dass Opfern häuslicher Gewalt mehr Schutz gewährt werden muss. Zur Veranschaulichung des Problems einige Zahlen aus dem BfS: Allein die Zürcher Kantonspolizei rückt wegen «häuslicher Gewalt» pro Tag im Schnitt 18 mal aus, und das Eidgenössische Gleichstellungsbüro (EBG) spricht von jährlich 25 getöteten Frauen. So ist es wohl pure journalistische Pflicht, «Ross und Reiter» zu benennen:

Gemäss dem BfS handelt es sich hierbei mehrheitlich um «importierte Gewalt», denn drei Viertel der Täter sind Zuwanderer, nicht integrierte Männer aus der Türkei, dem Iran, Irak und aus dem Maghreb, nördliches Afrika, aus Balkan-Staaten und arabischen Ländern. Also durchwegs aus Regionen, in denen Frauen wenig bis gar keine Rechte haben.

In gerade zu rührender Naivität greift der Bund zu Gegenmassnahmen von erschütternder Nutzlosigkeit. So überwies Bundesbern jüngst 200'000 Franken an den «Medienbund Eritrea». Dieser soll mit dem Geld vor Ort eine «Sensibilisierungskampagne» lancieren. So will man den männlichen Bevölkerungsteil für das Problem empfänglich machen und von weiteren Gewalttaten gegen Frauen abhalten. Sinnloser wurde wohl kein Schweizer Steuergeld je in den Sand gesetzt.

Effektiver ist da SVP-Nationalrätin Martina Bircher. In ihrer Motion «Wer schlägt, der geht!» fordert sie, dass jeder Frauen und Kinder prügelnde aufnahmewillige Ausländer grundsätzlich als «nicht integrierbar» erklärt wird und das Land zu verlassen hat. Nicht unerwartet geht Nationalrätin und Frauenaktivistin Léonore Porchet (Grüne) dagegen mit dem Argument an, Landesverweis für Frauenprügler sei eine zu harte Strafe: «In allen Milieus und Kulturen gibt es häusliche Gewalt!» Reicht diese Feststellung zur Legitimation des Geschehens aus?

Schlusswort von Martina Bircher in der «SonntagsZeitung» vom 2. Juli 2022: «Wenn es die Linken und Grünen mit der Gleichstellung und dem Schutz der Frauen vor Gewalt ernst meinen, müssen sie Hand bieten für echte Lösungen!»

Charly Pichler *pichler@thurweb.ch*

vielmehr ein Idiot gewesen, denn statt mit dem Auto sei er mit seinem Fahrrad zu den Verhandlungen gefahren, so dass er als Kriegsverlängerer zu beurteilen sei.

Dr. Josef Brunner, Oberwil BL

Auf breiter Front geförderter Aderlass

Die von Paul von Euw gestellte Frage «Mehr Lebensmittel oder noch mehr Naturschutz?» (SZ Nr. 13/2022) muss seit den 90er Jahren so gestellt werden: «Mehr Fisch oder noch mehr Kormoranschutz?» Zur Erinnerung: Es begann Anfang der 90er Jahre, als Heerscharen von bis zu 2'000 Kormoranen ungehindert in die Zürcher Kleinseen einfallen durften – was einen täglichen Verlust von bis zu 1'000 Kilo Fisch bedeutet. In den folgenden Jahrzehnten tauchten weiterhin oft bis zu 1'000 der grossen Vögel über unseren Seen auf. Ein weiteres Faktum: In den 70er Jahren lag die europäische Kormoran-Population noch bei 50'000. Heute, «dank» einem abartigen Schutz, sind es rund zwei Millionen, was eine Fischvernichtung von täglich 1'000 Tonnen bedeutet. Fragen Sie Berufsfischer – sie haben umsonst geklagt. Fazit: Die Kormoran-Regulierungs-Verhinderer und offensichtlichen Gegner einer eigenständigen Nahrungsmittel-Versorgung haben diese gewaltige Vernichtung von Nahrungsmitteln gegenüber der Schweizer-Bevölkerung zu verantworten.

Heinz Oswald, Gräslikon ZH

Kopierpapier
- zum gleichen Preis wie beim Superdiscounter Brack
- portofreie Lieferung
- zusätzlich Mengenrabatt 5–15%
Angebot verlangen
OCoTex AG – 041 799 50 00

QUALITÀ SALAMI SALAMETTI ZANETTI POSCHIAVO/GR
ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO
Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch
Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

FI – wo Eidgenossen trainieren und sich erholen. Schweizerzeit – Wellnesszeit.

Linker Kulturkampf zielt auf Kinder

Hinter feindlichen Linien

In einer Primarschule in der Stadt Zürich sorgte letzte Woche eine «Mottowoche» für Kritik. Das Thema: Geschlechtertausch. Dabei verkleideten sich an einem Tag die Mädchen als Buben und umgekehrt», deckt 20min.ch den Gender-Gaga-Skandal auf. Die linke Indoktrinierung der Schulkinder ist entweder bereits weit fortgeschritten, oder die Verantwortlichen versuchen nun, die Schuld auf die Kinder abzuschieben.

Denn Gabriela Rothenfluh (SP), Präsidentin der entsprechenden Kreisschulpflege, behauptet: «Es war der Wunsch der Kinder, dass sie jeden Tag passend zu einem Motto verkleidet zur Schule kommen können.» Ist das die Wahrheit, Frau Rothenfluh? Das Forschungsinstitut Sotomo hat im Dezember 2021 die Studie «Geschlecht und Identität» unter Mitwirkung des angesehen Politologen Michael Hermann herausgegeben. Darin steht: «Die Ergebnisse der durch Sotomo umgesetzten Studie sind repräsentativ für die sprachintegrierte Bevölkerung der Deutschschweiz, der französisch- und der italienischsprachigen Schweiz. 99,6 Prozent der Befragten bezeichnen sich entweder als Frau oder als Mann. Nur 0,4 Prozent ordnen sich nicht ins herkömmliche binäre Schema ein und bezeichnen sich explizit als nicht-binär.»

Wenn also nur 0,4 Prozent der Gesamtbevölkerung sich als nicht-binär empfinden, warum sollen dann Schulkinder die seit Urzeiten üblichen Geschlechtsformen von Mann und Frau eigenständig über Bord werfen? Da dies wissenschaftlich nicht nachvollziehbar ist, muss etwas anderes dahinterstecken. Die repräsentative Studie hält auch fest: «Der Genderstern ist zu einem Symbol für einen Kulturkampf um Sprache und Identität geworden.»

Der gesamte linke Gender-Gaga ist ein Kulturkampf! Und die Linken tragen diesen seit einiger Zeit mit voller Wucht in die Klassenzimmer. Stört das die Eltern eigentlich nicht? Die Stadtzürcher SVP jedenfalls hat gegen den linken Gender-Gaga mehrere scharf und klug formulierte Vorstösse im Gemeinderat eingereicht. Weitere werden mit Sicherheit folgen.

Samuel Balsiger

Samuel Balsiger ist Gemeinderat und Fraktionspräsident in der Stadt Zürich. In seiner Kolumne schreibt er über die Irrungen der linken Politik.

Schweizerzeit-Leserreise

Sizilien – Apulien

Verschiebung um Verschiebung (den Grund dafür mögen wir schon gar nicht mehr in den Mund nehmen) verschleppten die Schweizerzeit-Reisepläne über Jahre. Jetzt aber, am 18. September 2022, soll's endlich losgehen. Ein aus Sizilien gebürtiger, mit Sizilien noch immer eng verbundener, in der Schweiz seit Jahrzehnten erfolgreicher Unternehmer wird unserer Reisegruppe ein Sizilien zeigen, das andere Touristen kaum je zu sehen, zu hören und zu kosten bekommen.

Wir starten in Palermo, besuchen kleinere und grössere Orte und geniessen sizilianische Köstlichkeiten. Wir erfahren auch, wie und warum die Geschichte Süditaliens und Siziliens damals, als Friedrich II. aus dem Süden Italiens das Deutsche Reich als Kaiser regierte, die Entstehung der Schweizerischen Eidgenossenschaft stark beeinflusst hat. Wir verfolgen noch heute sichtbare Spuren des grossen Staufer-Kaisers. Gegen Ende der Reise steht auch noch die Begegnung mit dem Römischen Weltreich auf dem Programm. Zu diesen historischen Aspekten wird Ulrich Schlüer, von Haus aus Historiker, einiges beitragen.

Wenige Doppelzimmer sind noch frei – für Raschentschlossene. Beachten Sie dazu die der heutigen Ausgabe beiliegende Einladung zur Teilnahme an der Schweizerzeit-Leserreise.

S.

Churz&Bündig

Funktionäre fordern mehr Krieg gegen Putin. Die Medien stimmen – nahezu geschlossen – ein. Wobei sich – wie man staunend feststellen muss – die NZZ mit allen Mitteln als Fahnenträgerin die Spitze im medialen Kriegszug zu erkämpfen sucht. Derweil wissen Medienleute und Funktionäre ganz genau, dass sie selbst Kriegsaufrufen an die Front nie persönlich zu folgen hätten. Dafür gibt es schliesslich Kanonenfutter. Erstaunlich neue Töne machen sich breit in der einst neutralen Schweiz.

*

Gerhard Pfister will die zur «Mitte» mutierte CVP vor dem Untergang retten. Dafür muss er Schlagzeilen bolzen. Natürlich positive Schlagzeilen. Und der schlaue Pfister weiss genau: Das erreicht ein Bürgerlicher, wenn er ostentativ Richtung links tickt. Also tickt Pfister Richtung links – die Bürgerlichen kühl verseckelnd. Den Medienapplaus hat er dafür. Ob die Wähler sich zur Gefolgschaft der applaudierenden Links-Medien machen werden?

*

Der Schweiz, weiss die NZZ am Sonntag am 26. Juni 2022 zu berichten, fehlen Hunderte von Schulen und Kindergärten. All jene, welche die Personenfreizügigkeit seit Jahren enthusiastisch feiern – in deren Chor die NZZ am Sonntag mitsingt – sind offenbar davon ausgegangen, all die Hunderttausende, die man in die Schweiz einwandern liess, brächten Schulhäuser und Kindergärten gleich im Handgepäck mit.

us

Illustrationen und Bilder von damals

Das untenstehende Wandbild «Adam und Eva» in Kommandoposten der Grenzbrigade 5 wurde vom Aargauer Kunstmaler René Villiger (1931–2010) gemalt. Im Auftrag der Schweizer Armee hat er auch Illustrationen für das Soldatenbuch (es wurde von 1958–1974 an die Soldaten abgegeben) sowie Bilder für das Rekrutierungszentrum Aarau (hier Schloss Wildenstein im Baselbiet) gemalt. Auch die Bilder «Harlekin» und «Heinrich Gretler» stammen von ihm. Die Bilder wurden uns freundlicherweise von Beat Villiger, dem Sohn des Kunstmalers, zugestellt. Das Foto von der Landi 1939 haben wir von Erwin Weyermann aus Adliswil, seinerzeit ein begeisterter Militärtrompeter, erhalten. Es zeigt, neben den beiden vorderen Kühen, seine spätere Frau Alice Mosimann, dahinter ihre Schwester Margrit und – neben dem Traubenwagen – Vater Artur Mosimann.

Adam und Eva

Soldatenbuch

Harlekin

Schloss Wildenstein

Heinrich Gretler

«Landi» 1939

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Neutralität
Der Schweiz gelang es, ihre dauernde und militärische Neutralität international anerkennen zu lassen. Selbstgewählt und international anerkannt: Eine solche Neutralität hat kein anderer europäischer Staat. Schweden verfügt zwar über eine bündnisfreie Tradition, aber die ist nicht international anerkannt. Österreichs Neutralität ist auferlegt. Das Land musste sich, ehe es 1955 seine Souveränität wiedererlangte, verpflichten, eine Neutralität nach Schweizer Muster zu befolgen – was auch ein Kompliment für die Praxis der Schweiz war.

(alt Botschafter Paul Widmer, «Weltwoche» 15/14.04.2022)

Gerhard Pfister
Der Mitte-Präsident fordert Klimazölle und Munitionslieferungen an kriegführende Staaten. Gestern noch forderte er das Gegenteil. Mit seiner Linksumkehrt-Politik zerstört Pfister nicht nur seine eigene Glaubwürdigkeit, sondern auch das Erfolgsmodell Schweiz.

Sein jüngster Vorstoss könnte direkt aus den lebensfernen Laboratorien der Luxus-Linken und Bevormunder-Grünen kommen: Am Wochenende forderte Gerhard Pfister umfassende neue Abgaben für jeglichen CO_2-Ausstoss. Für Flugtickets, für Importprodukte, für alles. Die Zeitungen von CH Media, die Pfisters Schröpfkur-Ideen lancierten, sprachen selbst von «radikalen Plänen». Dafür gab's Applaus von Links-Grün. Doch der Preis wäre hoch: Benzin, Flüge, Konsumgüter würden durch Pfisters Klimazölle massiv teurer. Dabei ist für viele Bürgerinnen und Bürger, aber auch für die KMU, schon jetzt die Schmerzgrenze erreicht. So teuer war das Benzin noch nie. Und hat das Volk nicht das CO_2-Gesetz abgelehnt, das genau solche Abgaben vorsah?

(NR Thomas Burgherr, in «Editoral SVP Schweiz», 01.07.2022)

Sanktionen
Bei genauerer Betrachtung zeigt sich, dass die verordneten Sanktionen hauptsächlich den Export von Gütern nach Russland, nicht aber den Import von Gütern aus Russland betreffen. Dementsprechend sind die Importe aus Russland von Februar auf März gestiegen, während die deutschen Exporte nach Russland von knapp 2,4 Milliarden Euro auf eine Milliarde Euro um fast 60 Prozent abgenommen haben.

(Roland Springer, in «Tichys Einblick» 07/22)

Opferkult
Ein Opfer zu sein – wie auch die Behauptung, dass andere Menschen grundsätzlich Opfer wären und deshalb nicht zur Verantwortung gezogen werden können – ist zur grössten Tugend geworden. Inzwischen ist das fast wie eine neue Religion.

Die Europäer haben das Christentum aufgegeben und nun diese neue Religion des Mitleids angenommen. Das verleiht ihnen eine Art Überlegenheitskomplex.

(Ayaan Hirsi Ali, in «Schweizer Monat» 1098, Juli/August 2022)

Zustimmung

Seit Messbeginn 1989/1990 geniesst das Neutralitätsprinzip (Beibehaltung der Neutralität) als ein wichtiger aussenpolitischer Grundsatz der Schweiz eine äusserst hohe und breitabgestützte Zustimmung in der Stimmbevölkerung. Zwischen 1989 bis 2022 liegt die durchschnittliche Zustimmung zum Neutralitätsprinzip bei 89 %.

Zeigten sich zwischen 1989 und 1997 noch vergleichsweise grosse Zustimmungsveränderungen, so bildet sich seit dem Jahr 2000 ein klarer und deutlicher Trend ab: Die Zustimmung für die Beibehaltung der Schweizer Neutralität wächst langsam und konstant.

Im Januar 2022 wird der seit einigen Jahren bereits gemessene Höchstwert bestätigt. 97 % (+1 Prozentpunkt) der Schweizerinnen und Schweizer sprechen sich dafür aus, dass die Schweiz ihre Neutralität beibehalten sollte. Mit dem Festhalten am Neutralitätsgrundsatz sind 71 % «sehr» und 26 % «eher» einverstanden. Damit liegt der aktuelle Wert im Durchschnitt der letzten zehn Jahre.

(Sicherheit 2022, ETH Zürich, S. 166 ff.)

Das aktuelle Zitat

«Die Ideologisierung des Fussballs, überhaupt des Sports, ist eine Unterwerfung. Dieses Niederknien vor dem Anpfiff und vor den Augen von Millionen ist ein Pranger. Es ist ekelerregend. Es ist totalitär. Es ist Gesinnungsterror.»

Michael Klonovsky, Essayist, auf seinem Blog «Acta diurna» am 10. Juni 2022

*

«Ich kenne niemanden, der begeisterter von Sarah Wagenknecht ist als deutsche Investment-Banker, die wissen: Es ist alles richtig, was sie sagt; zum Glück kann sie es nicht umsetzen.»

Harald Schmidt, Schauspieler, Kabarettist und Entertainer, in der «Berliner Zeitung» vom 12. Juni 2022

Linker Kindergarten …

… auf Europas Strassen

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Die sozialen Medien sind aktuell voll von Beiträgen, in denen sich meist junge Leute auf stark frequentierten Strassen auf den Boden setzen und so den Verkehr zum Erlahmen bringen.

Es sind immer die gleichen Bilder, wobei die Texte auf den mitgeführten Transparenten ab und zu wechseln. Manchmal geht es um Food-Waste, also ums Wegwerfen von noch essbaren Lebensmitteln, manchmal gegen den Fleischverzehr, oft ums Klima, ab und zu auch gegen den Krieg – aber meistens um den bösen Individualverkehr.

Die Weltretter

Die Manifestanten gleichen sich wie ein Ei dem anderen. Meistens jung, in irgendeiner Universität immatrikuliert, vorzugsweise in Politik- und Geisteswissenschaften, wo der Numerus clausus nicht konsequent umgesetzt wird. Manchmal verirrt sich auch ein älteres Semester unter die Strassenblockierer, was bei den folgenden Polizeieinsätzen immer etwas peinlich aussieht. Wenn die Oma in Kompressionsstrümpfen oder der Ätti (vulgo Grossvater) mit Gesundheitssandalen aus dem Orthopädie-Geschäft von jungen Polizistinnen und Polizisten weggetragen werden, gibt dies jeweils ein bizarres Bild ab.

Aber um die Welt zu retten sind offenbar viele Leute bereit, sich zum Clown zu machen. Angesprochen auf ihr Tun werden unisono die gleichen «Argumente» geliefert: Die Politik sei zu langsam oder zu unwillig, und nur mit solchen Aktionen könne etwas bewegt werden. Dass die vielen berufstätigen Fahrzeuglenker solcherlei völlig daneben finden, ist diesen Leuten einerlei. Einige Demonstranten gaben an, dass sie sich auch für die blockierten Automobilisten einsetzen würden, da diese von der Klimaveränderung ebenso betroffen seien. Da wird also von jenen, welche verspätet zur Arbeit kommen, auch noch ein Dankeschön erwartet. Willkommen in Absurdistan!

Angeklebte Demonstranten

Und damit die Blockierer nicht so schnell von der Fahrbahn weggetragen werden können, kommt jeweils Sekundenkleber zum Einsatz, um sich damit auf der Strasse anzukleben. Jetzt tut sich vor allem die deutsche Polizei fürchterlich schwer mit solchen Protestaktionen. Ganze Polizeieinheiten sind damit beschäftigt, die Angeklebten mit Lösungsmittel aus ihrer Lage zu befreien, was zwangsläufig seine Zeit dauert und immer etwas bescheuert aussieht, wenn Polizisten auf dem Boden herumrutschen und die Hände der Protestierer wie in einem Nagelstudio behandeln. Aktuell kursiert ein Video auf YouTube aus Frankreich, wo Gendarmen die Angeklebten mit einem kurzen Ruck-ratsch von der Fahrbahn reissen. Tut etwas weh, aber wer die Klimaerwärmung aufhalten will, sollte nicht so zimperlich sein. Ein so dem Strassenbelag Entrissener wälzt sich vor Schmerzen auf den Boden, wobei die Videosequenz rasch zeigt, dass alles nur Show ist – und eine Untersuchung durch die aufgebotene Sanität zeigte keinerlei Handverletzungen.

No pasarán

Bei solchen Aktionen erinnert man sich zwangsläufig an den bei vielen Sozialisten heiligen Ausspruch «No pasarán» (sie werden nicht durchkommen), welcher regelmässig von tiefroten Politikern verwendet wird. Dabei handelt es sich um ein Zitat der spanischen Kommunistin, glühenden Stalinverehrerin und Trägerin des Leninordens Dolores Ibárruri, welches sie zu Beginn des Spanischen Bürgerkriegs den Faschisten zurief in der irrigen Annahme, dass diese nicht durchkommen würden. Das «No pasarán» wurde für die Linken zum Rohrkrepierer, regierte doch der spanische Gaudillo Francisco Franco bis zu seinem Tode im Jahre 1975. Nach der Einnahme der Hauptstadt Madrid durch die Nationalisten hat Diktator Franco das «No pasarán» in «Hemos pasado» für «wir sind durchgekommen» abgeändert.

Einfältige Zitate und Sekundenkleber haben offenbar etwas Gemeinsames: Beide taugen nicht für die Veränderung der Welt. Nach der Auflösung von Strassenblockaden werden sich auf jeden Fall etliche Automobilisten darüber freuen, endlich durchzukommen und somit – ohne es zu wissen – im Geiste General Francos Ausspruch «Hemos pasado» zitieren.

Markus Melzl

SOS KMU

«Technologieverbote und ideologisch motivierte Subventionsprogramme führen direkt in den Blackout.»

Helfen Sie uns mit, für eine sichere und bezahlbare Energieversorgung der Schweiz zu kämpfen!

Postkonto 15-654144-0 // IBAN CH12 0900 0000 1565 4144 0

SOS-KMU, Postfach 54, 8416 Flaach

www.sos-kmu.ch // info@sos-kmu.ch

Da hat eine amtierende Nationalrätin, Magdalena Martullo-Blocher, in einem NZZ-Interview (25. Juni 2022) nachdrücklich die Aufnahme konstruktiver Verhandlungen zur Beendigung des Ukraine-Kriegs gefordert. Sie tat dies als Verantwortliche für tausende Arbeitsplätze. Sie tat dies im Blick auf die sich verschärfende, die Menschen ihrer Ersparnisse beraubende Inflation. Sie tat dies angesichts eines ganz Europa drohenden Strom-Blackouts als Folge ausbleibender Gaslieferungen aus Russland – mit Sanktionen einerseits, Lieferstopps andererseits als Ursachen. Sie tat dies im Blick auf die Folgen unterbrochener Handelswege, die den Rohstoff- und Komponenten-Nachschub für die europäische Wirtschaft teils existenzbedrohend gefährden. Und sie tat dies schliesslich auch im Blick auf Flüchtlingsströme, die insbesondere Westeuropa zunehmend belasten. Fazit: Von gravierenden Wirtschaftseinbrüchen werde Europa kaum verschont.

NZZ

Akzent

Verstand sei also in allererster Linie gefragt. Mit einer Flut sich laufend übersteigernder Kraftausdrücke gegen den Angreifer werde Europa nicht gedient.

Feigheit?

Die NZZ-Redaktion glaubte, Frau Martullo-Blocher für ihr Plädoyer gegen die Fortsetzung des Kriegs zusammenstauchen zu müssen – durch Auslandredaktor Andreas Rüesch (29. Juni 2022). Dieser hält sich nicht zurück, Nationalrätin Martullo-Blocher als von Panik ergriffene «Gasbettlerin» darzustellen. Und als «scheinheilige Hinterzimmer-Kapitulatorin» abzukanzeln. Gegen Putin, stellt der Redaktor fest, dürfe einzig «aus einer Position der Stärke» verhandelt werden.

Und wie, Herr NZZ-Redaktor, soll diese «Position der Stärke» zustande kommen? Soll dafür einfach weitergekämpft werden, was weiteren Zehntausenden – Militärs wie Zivilisten – Tod und Verderben bescheren wird? Angesichts der Kriegslage ist wohl nur eine Massnahme erkennbar, die das Blatt – vielleicht – wenden könnte: Das unmittelbare Eingreifen der Nato! Gegen Russland!

Eskalation

Was würde daraus? Die zu solcher Kriegsbeschwörung drängendste Frage muss doch lauten: Wer behielte nach dem Eingreifen der Nato das Geschehen noch unter Kontrolle? Wer könnte die unweigerlich stattfindende Eskalation noch beherrschen? Die Redaktoren an der Falkenstrasse?

Die Forderung von Frau Martullo verrate ihre «Feigheit vor dem Feind», belfert es aus der Redaktion der «Alten Tante» – wo man die Grundlagen der Neutralität, von der Schweiz während Jahrzehnten sorgfältigst befolgt, offenbar völlig vergessen hat.

Neutralität

Neutralität heisst Nicht-Parteinahme. Bedeutet, dass, wer Tod und Verderben bringender Gewalt im Dienste der Menschlichkeit Einhalt zu gebieten versucht, bei beiden Kriegsparteien Anknüpfung suchen muss. Mit dem Ziel, dass Kriegsgegner schliesslich am Verhandlungstisch, nicht mehr in den Ruinen zerstörter Städte um ihre Interessen ringen – womit Tausenden Kriegsangst erspart werden kann. Solcher Versuch, dessen Gelingen Unzähligen Befreiung von nackter Lebensangst schenkt, soll als feige, als Bückling vor Kriegsherren tituliert werden?

Da gab es doch einst einen grossen Schweizer: Generalstabsoffizier Max Waibel, der – gegen Ende des Zweiten Weltkriegs im Tessin stationiert – selbst mit Hitlers Oberbefehlshaber in Oberitalien Kontakt suchte – und auch fand. Als dieser unter dem Befehl Hitlers stand, in Oberitalien auf dem Rückzug die «Taktik der verbrannten Erde anzuwenden», war es Waibels hartnäckige Intervention, die das Schlimmste verhinderte. Kontaktsuche mit dem SS-General, dem einstigen Adjutanten Himmlers, auf Hitler persönlich eingeschworen: War das die Tat eines Feiglings? Waibel erreichte, sich zwischen die Amerikaner und die Nazi-Armee stellend, dass die Wehrmacht kapitulierte – womit er Mailand davor bewahrte, dem Erdboden gleichgemacht zu werden. Max Waibel hat, kann man rückblickend sagen, mit dem General des Teufels Kontakt gesucht und das Gespräch geführt – und schliesslich das der Menschheit weiss Gott dienende Kriegsende in Oberitalien herbeigeführt.

Verstand

Wo Krieg herrscht, weicht wacher Verstand oft allzu bereitwillig blinder Leidenschaft. Ihrer Neutralität gerecht werdend, hat die Schweiz in der Vergangenheit nicht allzu selten erreichen können, dass verbliebener Verstand über blinde Leidenschaft wieder die Oberhand zu gewinnen vermochte.

Wer heute Gleiches fordert und versucht, ist ganz gewiss kein Feigling!

us

Churz&Bündig

Seit Jahren verlangt die SVP die strikte Ausweisung krimineller und gewalttätiger Ausländer. Und seit Jahren vergeblich. Das hat jetzt die SonntagsZeitung zur provozierenden Schlagzeile (3. Juli 2022) veranlasst, die SVP wolle Ausländer, die ihre Frauen ohrfeigen, nicht einbürgern.

Man könnte, so man wollte, dieses Konstrukt aus unterster Journalisten-Schublade immerhin auch umkehren: Die SonntagsZeitung will Ausländer, die ihre Frauen ohrfeigen, generell einbürgern.

us

Zwischen Ideologie und Technologie

Nicht «unter Strom»

Stephanie-Marion Gartenmann, Studentin Rechtswissenschaften, Mitglied Parteileitung JSVP Schweiz, Matten BE

Gerade zurück aus den Ferien, weiss ich nun, woher der Strom kommt: Man betritt das Hotelzimmer und setzt die «Schlüsselkarte» in die Dockstation und – Es werde Licht! So geht das. Aber ist das wirklich so einfach?

Während meiner Schulzeit interessierten sich die wenigsten dafür, woher der Strom kommt und wie er erzeugt wird. Die kämpferische Phase der AKW-Gegner bekam ich nur am Rande mit aus Erzählungen meiner Eltern. Fukushima war durchaus ein medialer Hype – jetzt werden die Kernkraftwerke entsorgt. Es kommt alles gut; Strom hat es trotzdem genügend.

Im Gymnasium hatte ich zum Thema Energie stets einen Fensterplatz. Ich verstehe die chemischen und physikalischen Vorgänge bis heute nicht richtig und studiere inzwischen Rechtswissenschaften. Bin also nicht gerade «unter Strom»! Also warum soll ausgerechnet ich mir über Strom und Energie Gedanken machen?

Mein Interesse für die Stromversorgung

Ich bin in Matten bei Interlaken gross geworden – in einer Region mit grossen Stauseen. Zurzeit wird die alte Grimsel-Staumauer durch einen Neubau ersetzt. Die ursprünglich geplante Mauererhöhung mit der Vergrösserung der Speicherkapazität wurde «gebodigt», ein kleiner Arvenwald soll nicht geflutet werden. Die Emotionen gingen hoch. Ob heute der kleine Wald noch diesen Einfluss hätte? Während meiner Schulzeit besuchten wir die Kraftwerke Oberhasli AG (KWO). Diese produzieren jährlich 2‘300 Gigawattstunden elektrischen Strom. Zum Vergleich: Die Stadt Zürich verbraucht jährlich rund 3'000 Gigawattstunden. Die KWO ist ein wichtiger Stromerzeuger für unsere Region, für die Schweiz und Europa. Dies erweckte mein Interesse für die Frage: Wie versorgen wir unsere Region und die gesamte Schweiz am besten mit Strom?

Eigenständigkeit gefährdet

Für mich ist die Eigenständigkeit ein zentraler Pfeiler in vielen Lebensbereichen. Auch in der Politik. Deshalb waren in meinem ersten Grossratswahlkampf diesen Frühling die Eigenständigkeit und damit die Energieversorgung von zentraler Bedeutung. Wie versorgen wir uns, ohne eine zu grosse Abhängigkeit von instabilen – vor allem ausländischen – Abhängigkeiten zu schaffen? Als 2017 die sogenannte Energiestrategie zur Abstimmung kam, war ich 15 Jahre alt und trat gerade der Jungen SVP bei. Als «Neuling» waren mir die Auswirkungen damals noch nicht richtig bewusst. Doch spätestens seit der Corona-Pandemie, und aktuell unter den Auswirkungen des Ukraine-Krieges, spüren wir nun deutlich, dass jene lockere Lebensweise «Der Strom kommt bei mir aus der Steckdose» und das Wohlfühl-Oasentum vorbei sind.

Am 2. Juli 2022 verkündete Frau Bundesrätin Sommaruga einen Strom- und Energieengpass im kommenden Winter. Das Gas könne knapp werden. Erstaunt hat diese «Neuigkeit» wohl niemanden mehr, über Strom- und Energieknappheit haben die Medien und Experten schon länger berichtet. Doch geschehen ist nicht viel, ausser Schuldzuweisungen, wer es nun verpasst hat. Mit der «Energiestrategie» wurde die Kernenergie verteufelt, und wir haben unsere Vorreiterrolle in der Forschung aufgegeben. Nicht nur Arbeitsplätze und Forschungsplätze gingen verloren, sondern auch die Kapazität, genügend eigene Energie zu produzieren.

Schlafwandler in Europa

Der vermeintlich ewige Frieden in Europa wurde durchbrochen, und die Schlafwandler wurden aus dem selbstgefälligen Tiefschlaf gerüttelt: Der Strom fehlt überall. Die Linken und Grünen sind der Meinung, Solar, Wasserkraft und das Ausland würden unseren Bedarf an Strom decken. Das von den EU-Turbos geforderte «Energie-Anschlussabkommen» ist aber keine Lösung, denn der EU-Raum hat selbst zu wenig Elektrizität, auch wenn bald wieder Kohle- und Ölkraftwerke hochgefahren werden. Jedoch können wir die Wasserkraft nur noch um zwei bis drei TWh ausbauen – das sind weniger als fünf Prozent des jetzigen Verbrauchs, dann ist das Potential ausgeschöpft. Verbauen wir alle Dächer mit Solaranlagen, wie es sich

Das Büro Ha deckt auf!

Mehr Süchtige. Bekanntlich hat die Schweiz einen derart hohen Cannabis-Konsum mit immer mehr Süchtigen, dass wir darin Europameister sind. Weiter ist bekannt, dass man nur kiffen und piffen kann, wenn man das Geld dazu hat. Gegenwärtig werden wieder neue Legalisierungsschritte diskutiert. Obwohl zahlreiche Studien belegen, dass die Langzeitfolgen schwerwiegend sind: Psychische Krankheiten, Lungenschäden, Beeinträchtigung der Reaktionsfähigkeit und der Konzentrationsfähigkeit; Gewalt, Aggressionen. Fazit: Bei so viel Bekifften in allen Schichten der Bevölkerung können auch nur noch bekiffte Entscheide fallen.

Tis Hagmann

Nationalrat und GLP-Präsident Jürg Grossen wünscht, erhitzen wir unsere Städte massiv, und je nach Region wird im Winter wenig bis nichts produziert.

Und das Bevölkerungswachstum?

Das Ausland hat sich ähnliche Gedanken gemacht: «Die anderen werden uns schon versorgen». Annalisa Manera, Professorin für Nuclear Engineering an der ETH Zürich, formulierte es treffend in der NZZ vom 18. Mai 2022: «Jedes Land in Europa sagt: Bei Knappheit kaufen wir Strom aus dem Ausland. Aber wenn jedes Land dies sagt, wo ist denn dieses Ausland?»

Die Schweizer Politik hat zu lange Technologien verteufelt. Die Forschung im Bereich der nuklearen Energie ist weit fortgeschritten, die Entsorgung verbessert sich, und es wird immer weiter an Neuerungen geforscht. Selbst die EU hat die Kernkraft kürzlich neu als umweltfreundlich eingestuft. Frankreich baut neue KKW und China, Grossbritannien und Amerika forschen stets weiter. Warum öffnen nicht auch wir uns wieder für neue Technologien?

Schluss mit ideologischen Verführungen

Natürlich ist die Kernkraft allein nicht die ganze Lösung. Wir brauchen einen Energiemix aus verschiedenen Technologien, und an geeigneten Stellen machen Wasserkraft und Solarpanels Sinn. Dringend sollte sich die Schweizer Politik von ideologischen Verführungen verabschieden. Bedenken wir auch, dass das Bevölkerungswachstum einen erheblichen Teil zu unserem Strom- und Energieverbrauch beiträgt. Wir sind ein kleines Land mit schwindenden Landflächen, aber mit einer steigenden Bevölkerungsdichte. Je mehr Leute hier leben, desto mehr Strom und Energie brauchen wir. Erstaunlicherweise ist der Stromverbrauch pro Kopf eigentlich gesunken. Da wir aber ein Bevölkerungswachstum haben, nimmt unser Stromverbrauch wieder zu. In einem Gespräch mit einem ETH-Doktoranden, was denn wohl die beste Strategie wäre, um den Stromverbrauch zu senken, sagte dieser mir sehr ehrlich: «Weniger Strom verbrauchen und weniger Zuwanderung.»

Sachlichkeit statt Ideologie

Dies stimmte mich nachdenklich. Niemand redet von den Auswirkungen der wachsenden Bevölkerung. Unsere Politik hat es verschlafen, dafür zu sorgen, damit wir uns mit genügend Strom versorgen können. Sie hat vergessen, die Bevölkerungszunahme zu beobachten und die Auswirkungen der «helvetischen Willkommenskultur». Wir müssen überlegen, ob wir uns eine 10 Millionen-Schweiz leisten können, vor dem Hintergrund, dass wir nicht einmal genügend Ressourcen – dazu gehört auch die Ernährung – für die jetzige Bevölkerung haben. Auch die EU-Anbindung der Energiepolitik bei gleichzeitiger Preisgabe direktdemokratischer Einflussnahme ist ein Irrläufer. Gerade die junge Generation erwartet von Bern ein Krisenmanagement, das nicht nur Szenarien beschreibt, sondern Massnahmen aufzeigt im Interesse der Menschen, des Bildungs-, Forschungs- und Wirtschaftsstandortes Schweiz. Ich will keine Gängelung von uns Bürgerinnen und Bürgern. Die Politik hat Rahmenbedingungen zu schaffen, damit die Leute gute Ausbildungs- und Arbeitsplätze haben und die Schweiz wettbewerbsfähig bleibt. Mit einer Öko-Diktatur geht es nicht. Deshalb kämpfe ich für weniger Ideologie und mehr Sachlichkeit, denn nur so können wir langfristig Lösungen finden.

Stephanie-Marion Gartenmann

Wir helfen kompetent und sorgfältig, auch auf Distanz

- Orten vermisster Tiere
- Gesundheitliche Probleme, Futterunverträglichkeit, Allergien
- Ferienplätze mit Auslauf
- Heilpendeln
- Bachblüten, Homöopathie

AUSKÜNFTE UND REFERENZEN BEI:
Barbara Gyger
3758 Latterbach (Simmental)
079/698 66 06
barbaragyger@gmx.ch
www.lebenshilfefürtiere.ch

Wirklich eine Bundesaufgabe?

Sex-Tipps für Zwölfjährige

von Dr. Philipp Gut, Inhaber der Kommunikationsagentur Gut Communications GmbH

Die mit Steuergeldern finanzierte Broschüre «Hey You» leitet bereits zwölfjährige Kinder zu diversen Sexpraktiken an. Jetzt regt sich Widerstand. Es ist höchste Zeit, diese perverse Form der Frühsexualisierung zu stoppen.

Gegen eine Million Franken kassiert die Stiftung Sexuelle Gesundheit Schweiz jährlich vom Bund. Mit diesen Steuergeldern finanziert die Stiftung unter anderem die Broschüre «Hey You» mit Themen «rund um Liebe, Sex, Verhütung und mehr». Das ist nicht zu viel versprochen: Die Broschüre ist in die Schlagzeilen geraten, weil sie nicht bloss Sexualaufklärung betreibt, sondern die Kinder und Jugendlichen bereits ab zwölf Jahren zu diversen Sexualpraktiken anleitet, von denen wohl auch die meisten Erwachsenen zurückschrecken. Oder wussten Sie, was «Anal Plugs» sind, wozu man ein «Lecktuch» verwendet oder «Umschnall-Dildos» einsetzt?

Tipps für «Anal Plugs» und «Lecktuch»

Dazu und noch zu einigem mehr liefert «Hey You» detaillierte Gebrauchsanweisungen. So heisst es auf Seite 35 der Broschüre: «Ein bekanntes Sextoy ist der Dildo. Er ist ein länglich geformtes Spielzeug, das für die Penetration verwendet werden kann. Es gibt ausserdem noch viele andere Toys wie Vibratoren, Anal Plugs usw. Wichtig ist, dass du die Toys vor und nach dem Sex mit einem dafür geeigneten Desinfektionsmittel reinigst oder ein Peniskondom verwendest.» Und weiter: «Du solltest das Sextoy nur für eine Körperöffnung verwenden (Anus, Vagina, Mund). Möchtest du wechseln, solltest du es wieder reinigen oder das Peniskondom wechseln.» Und auf Seite 48 erfahren die Kinder und Jugendlichen ab zwölf Jahren: «Das Lecktuch ist ein Latextuch, das beim oralen Sex über den Vaginal- oder Analeingang gelegt wird.» Dazu erhalten Sie den «Tipp»: «Verwende Gleitmittel, um das Tuch zu befeuchten oder zu befestigen.»

«Anleitung zum Porno»

Zahlreiche Medien – von «20 Minuten» über die Zeitungen von «CH Media» und den «Blick» bis zur «Neuen Zürcher Zeitung» – haben das Thema aufgegriffen und die Broschüre teilweise scharf kritisiert. Die NZZ sprach von einer «Anleitung zum Porno». Und CH Media stellte fest, dass es unsinnig sei, Zwölfjährige in diesem Zusammenhang gleich zu behandeln wie Achtzehnjährige. Schliesslich nehme man in der 6. Primarklasse auch nicht das Differentialrechnen durch.

Auch auf politischer Ebene regt sich Widerstand. Nationalrätin Verena Herzog (SVP/TG) stellte dem Bundesrat in einer Interpellation verschiedene kritische Fragen. In der «Weltwoche» forderte sie, dass keine Steuergelder mehr für Sex-Tipps an Zwölfjährige verschwendet werden und dass die Broschüre aus den Schulzimmern verbannt wird. Herzog ist Vorstandsmitglied des Vereins Schutzinitiative, der sich gegen die Frühsexualisierung wehrt und für den Schutz der Kinder und Jugendlichen einsetzt. In Briefen an Silvia Steiner, die Präsidentin der Konferenz der kantonalen Bildungsdirektoren (EDK), sowie an alle Bildungschefs der Kantone fordert die Schutzinitiative, dass die EDK und die Bildungsdirektoren ihre Verantwortung wahrnehmen und dafür sorgen, dass «Hey You» an den Schulen nicht mehr eingesetzt wird.

Methoden des «Grooming»

Verena Herzog und die Schutzinitiative kritisieren, dass die Verfasser von «Hey You» erwachsene Vorstellungen

Ehrensperger Partner
Vermögensverwaltung

Ehrensperger Partner Vermögensverwaltung AG
Hamelirainstrasse 15
CH-8302 Kloten
+41 (0)44 815 59 00
info@ehrenspergerpartner.ch

Churz&Bündig

Blutige Bandenkriege machen sich breit in den Grossstädten Europas – Früchte der kaum überprüften Masseneinwanderung. In Spanien ist die Machete (Kampfmesser mit bis zu sechzig Zentimeter langer Klinge) die beliebteste Waffe, welche die Eingewanderten-Gangs täglich einsetzen. Das «Problem» sei, sagen Behörden, eigentlich längst erkannt. In der Öffentlichkeit verbreitet sich Furcht; derweil besänftigen die Funktionäre, dass das bloss «Einzelfälle» seien. Handlungsbedarf bestehe keiner.

us

von Sexualität auf Minderjährige projizierten und die Kinder und Jugendlichen in eine Sex-Welt drängten, von der sie noch gar nichts wissen wollten. Sexualaufklärung sei wichtig und nötig, sagt Herzog. Aber sie müsse respektvoll und altersgemäss sein. Unterstützung erhalten die Kritiker von Professor Jakob Pastötter, dem Präsidenten der Deutschen Gesellschaft für Sozialwissenschaftliche Sexualforschung. «Wer glaubt, gleichzeitig Zwölf- bis Achtzehnjährige ansprechen zu können, besitzt nicht einmal ein rudimentäres Verständnis für die Entwicklungspsychologie der Altersstufen», sagte der international renommierte Forscher gegenüber CH Media. Kinder und Erwachsene hätten das Recht, nicht ungefragt mit sexuellen Praktiken konfrontiert zu werden, für die sie noch keine Vorstellung hätten. Pastötter erhebt gar den schweren Vorwurf, die kommunikative Methode von «Hey You» sei dem «Grooming» entlehnt, also «dem Heranziehen von Kindern zur sexuellen Ausbeutung».

Schutzinitiative prüft rechtliche Schritte

Damit erhält die Affäre «Hey You» unter Umständen auch eine juristische Komponente. Der Verein Schutzinitiative prüft jedenfalls rechtliche Schritte. In einem ähnlich gelagerten Fall wollte der Verein von Rechtsanwalt und Schweizerzeit-Autor Hermann Lei wissen, ob allenfalls der Straftatbestand der Anstiftung zu einer kriminellen Handlung vorliege. Dies könnte gemäss Lei durchaus der Fall sein, denn Artikel 187 des Strafgesetzbuches verbietet sexuelle Handlungen mit Kindern. «Wer ein Kind zu sexuellen Handlungen an sich selber verleitet, dabei zuschaut oder das Kind in eine sexuelle Handlung miteinbezieht, macht sich strafbar», schreibt dazu die Schweizerische Kriminalprävention (SKP). Eine «Anleitung zum Porno», wie es die Broschüre «Hey You» nach Ansicht der NZZ ist, läuft zumindest Gefahr, in dieses Fahrwasser zu geraten.

Aber auch abgesehen von der rechtlichen Dimension verbieten es allein schon der gesunde Menschenverstand, der Anstand und der Respekt vor der psychischen und physischen Integrität der Schülerinnen und Schüler, dass sie mit solchen schamlosen Holzhammer-Methoden in die Sex-Welt der Erwachsenen oder gewisser Zirkel mit besonderen sexuellen Vorlieben (Stichwort «Anal Plugs») eingeführt werden.

Philipp Gut

Die linken Hellseher

Über zwanzig Fehlprognosen in kurzer Zeit,
das geht nun aber entschieden zu weit.

Und dies immer von den Linken.
Wie weit wollen die noch sinken?

Mal kommt der Klimawandel mit Kälte,
dann mit Hitze,
wer glaubt denn noch an diese Witze?

Statt uns zu schützen vor Gefahren,
erfinden sie solche – und zwar in Scharen.

Mit ihrem ständigen Blah, Blah, blah,
stehen sie immer dümmer da.

Einmal wachsen, einmal schrumpfen die Gletscher.
So widersprechen sich die dummen Hetzer.

Dieses Benehmen scheint ihr Geheimnis zu sein,
und sie sehen ihre Fehler wohl niemals ein.

Einmal hin und einmal her:
So machen sie auch unsere Taschen leer.

(zugesandt von Ernst Landolt, Gross SZ)

Rettet die Sprache!

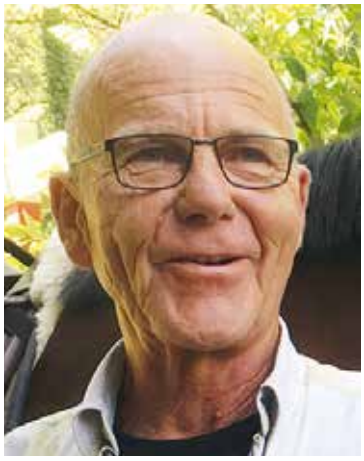
Die Vergewaltigung und letztlich Zerstörung der deutschen Sprache durch absurde Gender-Regeln wird immer unerträglicher. Im «Tagesanzeiger» vom 1. Juli 2022 steht die Schlagzeile: «Zürcher Verwaltungen schreiben *Mietende* an». Offenbar die neueste Schöpfung des grassierenden Gender-Wahns. Nach den «Pflegenden, Rauchenden, Sozialhilfebeziehenden, Steuerzahlenden, Forschenden, Tramfahrenden, Velofahrenden (auch VelofahrerInnen, Velofahrer*innen, Velofahrer/-innen und Velofahrer:innen genannt) sowie den «zu Fuss Gehenden» (gemäss dem Verkehrsclub Schweiz) werden nun wohl bald auch die «Vermietenden, Musizierenden, Dirigierenden, Dichtenden, Müssiggehenden, Jagenden, Schwimmenden» und ähnliche Missbildungen die schöne deutsche Sprache der Dichter und Denker immer mehr zerstören.

Was steckt hinter diesen Absurditäten? Will man mit der Vergewaltigung der deutschen Sprache Gerechtigkeit zwischen den Geschlechtern schaffen? Zum Wohl der Frauen? Das wäre unsinnig, denn Sprache kann keine Gerechtigkeit schaffen; sie kann angebliche oder tatsächliche Ungerechtigkeiten höchstens benennen. Aber es geht hier um etwas viel Grundsätzlicheres: Mit dem links-ideologischen Gender-Wahn – im Verbund mit dem Rassismus-Geschrei und neuerdings der freien Wahl des Geschlechts nach der gerade aktuellen Befindlichkeit der Leute – sollen biologische Unterschiede eingeebnet und unsere Gesellschaft umgekrempelt werden. Luther, Goethe und Schiller würden sich im Grab umdrehen, aber leider können sie nichts mehr bewirken. Es ist daher die Aufgabe all jener, die noch gesunden Menschenverstand besitzen, die Zerstörung unserer Sprache und letztlich der Gesellschaft zu stoppen.

Hans Fehr

Die Schweizerzeit berichtet an dieser Stelle in lockerer Folge über Leserinnen und Leser: Es geht um interessante Lebensläufe und Berufe, besondere Leistungen und Talente, um Alltägliches, um Weltanschauungen, eindrückliche Erlebnisse und dergleichen mehr.

Martin Günthardt



Ein Leben für die Öffentlichkeit – und ein halbes Leben für die Feuerwehr. So lässt sich das bisherige Wirken des einstigen Zürcher Unterländers und heutigen Weinländers kurz charakterisieren. 1951 geboren und aufgewachsen im Brüederhof in Dällikon, ist Martin Günthardt mit seinen Eltern und Geschwistern 1970 nach Ossingen in den neu erbauten, wunderschön gelegenen «Rosenhof» gezogen. Dieser macht seinem Namen dank Martins Frau Esther alle Ehre.

Wer Martin Günthardt begegnet, merkt rasch: Da hat man keinen Schreiberling und keinen «Chumm i hüt nid, chumm i morn» vor sich – sondern einen Macher, der «vor die Leute hinstehen» und sie mit seiner direkten, offenen Art überzeugen und begeistern kann.

Besuch des Feuerwehrkommandanten von Tokio auf dem Rosenhof

Hobby wird Beruf, Beruf wird Hobby

Nach der landwirtschaftlichen Ausbildung (ab 1967) und der Meisterprüfung (1982) übernimmt Martin Günthardt im gleichen Jahr den elterlichen Betrieb. 1990 macht er, obwohl mit Leib und Seele Bauer, sein Hobby (die Feuerwehr), zum Beruf und den Beruf zum Hobby. Der ehemalige Feuerwehrkommandant von Ossingen absolviert die Ausbildung zum Feuerwehrinstruktor I (technische Belange), II (taktische Belange) und III (Bewältigung von Grossereignissen). Und ab 1990 ist er vollberuflich bei der Gebäudeversicherung des Kantons Zürich als begnadeter Kursleiter und Klassenlehrer bei zahlreichen kantonalen und eidgenössischen Feuerwehrkursen tätig. Und die Katze lässt das Mausen nicht: Von 2010 bis 2022 bleibt der ehemalige Kommandant des Stützpunktes Weinland auch noch dessen Kommissionspräsident.

Typisch Günthardt: Nägel einschlagen!

Im Rahmen einer Führungsschulung mit Feuerwehr-Stützpunktkommandanten sowie Polizei- und Zivilschutzkadern im Zivilschutzzentrum Andelfingen hält ein Professor einen Vortrag zum Thema «Was ist zu tun beim Einsatz von biologischen Kampfmitteln?» Nach kurzer Zeit dösen immer mehr Zuhörer vor sich hin, Lernerfolg praktisch Null. Typisch Martin Günthardt: Er fragt den Referenten nach dem Vortrag: «Welche drei konkreten Punkte wollten Sie den Leuten vermitteln?» Der etwas düpierte Professor hat keine klare Antwort. Nach kurzer Zeit entwickelt sich zwischen den beiden ein methodisch-didaktisches «Lehrgespräch», wie man «Nägel einschlägt» und die Zuhörer «packen» kann. Der Professor bedankt sich schliesslich überschwänglich. Er habe noch nie eine derart lehrreiche Kurzlektion erlebt.

Vom Jugileiter zum Gemeindepräsidenten

Aber auch im Sport und in der Politik stellt Martin Günthardt seinen Mann – u.a. als Jugileiter und Präsident des Turnvereins Ossingen und 2014 als OK-Präsident «Start und Ziel» der Tour de Suisse. 2010 wird Martin Günthardt zum Gemeindepräsidenten gewählt. Verwundert hat diese Wahl kaum, denn schon als Gemeinderat ist er als volksverbundener Macher aufgefallen. Kürzlich hat Martin Günthardt infolge längst erreichten Pensionsalters den Präsidentenstab in jüngere Hände gelegt.

«Jetz müemer i d Hose!»

Schalkhaft überreichen ihm Kollegen an der ersten Gemeindeversammlung unter seinem Präsidium eine «Silbermedaille» für den zweifelhaften Rang Ossingens als Gemeinde mit der kantonsweit zweithöchsten Verschuldung. Er nimmt den Ball auf, und zusammen mit Finanzvorstand Daniel Stahl heckt Günthardt darauf den Plan für eine richtungsweisende Bau- und Zonenordnung und für ein vernünftiges Wachstum der Gemeinde aus. Das Vorhaben findet an der Gemeindeversammlung eine grosse Mehrheit, woraufhin die beiden

Überbauungen «Neuwies» und «Orenberg» realisiert werden können. In der Folge fällt der Steuerfuss um mehr als zwanzig Prozentpunkte. «Die Verschuldung der Gemeinde lag 2010 bei 5'000 Franken pro Kopf; heute haben wir ein Plus von 2'000 Franken», meint Martin Günthardt nicht ohne Stolz.

Trotz des beträchtlichen Zuwachses der Bevölkerung hat Ossingen das dörfliche Gepräge weitgehend behalten. Zugezogen sind nicht «Exoten», sondern vor allem junge Familien aus der Stadt. Martin Günthardt und sein Gemeinderatskollegium haben die positive Entwicklung ihrer Gemeinde mit grossem Einsatz gefördert. Die Einwohnerschaft hat dem dynamisch gebliebenen Mann an der Spitze stets grosses Vertrauen geschenkt – und wurde nie enttäuscht. Günthardts mit sonorem Stimmorgan immer wieder vorgetragenes Bonmot «Jetz müemer i d Hose» hat seine Wirkung nicht verfehlt.

O-Ton Martin Günthardt
«Mein Lebensgrundsatz lautet: Machen statt fragen!»
«In der Politik heisst mein eiserner Grundsatz: Nicht in den eigenen Sack wirtschaften, sondern für die Allgemeinheit arbeiten.»
«Als Instruktor/Redner muss man sich stets über drei Dinge im Klaren sein: Thema, Zeitverhältnisse und Publikum.»
«Viele Leute haben mir vertraut und mir immer wieder eine Bühne gegeben.»
«Ein Bauer bleibt im Herzen immer ein Bauer, auch wenn er diesen Beruf nicht mehr ausübt.

Hobbies und Familie
«Meine Hobbies sind: Musik machen im DUO ‹MAPE› (Martin und Peter). Wir spielen hin und wieder bei Anlässen – ich

auf meiner Handharmonika und auf dem Schwyzerörgeli. Und als ehemaliger Soldat beim Train (RS in Andermatt) reite ich mit meinem Pferd ‹Laverda› gerne in der Natur», schwärmt Martin Günthardt. Dass er eine klare Sprache spricht und – wenn nötig – auch rhetorische Hiebe austeilen kann, verhindert keineswegs, dass Martin Günthardt ein positiver, fürsorglicher Mensch ist. Sehr wichtig ist ihm seine Familie. Mit seiner tüchtigen Ehefrau Esther hat er drei Kinder, und die Günthardts beschäftigen sich gerne mit den vier Enkeln. Zudem pflegen sie einen grossen Freundes- und Bekanntenkreis.

*

Ob Martin Günthardt künftig weniger «i d Hose» muss, sondern hin und wieder im Liegestuhl mit der Inschrift «Ossingen – schön hämmers» ruhen wird, den er als scheidender Gemeindepräsident kürzlich geschenkt bekommen hat, wird sich weisen …

Alle Günthard(t)s stammen aus dem zürcherischen Sihltal. Immer wieder brachte dieses klangvolle Geschlecht verdiente Persönlichkeiten hervor – wie beispielsweise den Zürcher Militär- und Polizei- sowie späteren Baudirektor Alois Günthard (1913–1976). Martin Günthardt ist jedoch ein Schwergewicht aus eigenem Verdienst. Sein bekanntester Vorfahr ist wohl sein Grossvater Alois. Mit 75 Jahren schrieb er seine Lebenserinnerungen auf. Als Jüngling wanderte er ins Ennstal in die Steiermark aus und vermählte sich dort mit einer Einheimischen. Er erwarb ein Bauerngut und experimentierte erfolgreich mit damals neuen, wissenschaftlich noch kaum erprobten Anbaumethoden im kargen Berggebiet.

PS: Für die Schweizerzeit-Leserschaft dürfte im Zusammenhang mit Ossingen noch die folgende Personalie spezielles Interesse wecken: 1956 findet sich ein strebsamer Neuankömmling in Ossingen ein. Es ist Christoph Blocher, der seine landwirtschaftliche Lehre bei der Familie Zuber absolviert. Seine heute fast neunzigjährige Lehrmeisterin Hedi Zuber-Ganz pflegt noch immer die Umgebung des Sandsteinhauses mitten im Dorf und grüsst alle Leute – natürlich auch die Günthardts – herzlich.

Daniel Keller, Ossingen

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das Schweizerzeit-Magazin.
Preis bis Ende 2022: Fr. 40.–

Name / Vorname:

Strasse / Nr.:

PLZ / Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum: **Unterschrift:**

Einsenden an: Schweizerzeit, Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Büchertisch

BESTSELLER

Tell wacht

Carlo Jagmetti
In einem Zukunftsroman beschreibt der Autor – alt Botschafter Carlo Jagmetti – den Zerfall des Abendlandes, der auch die Schweiz erfasst. Aber diese Schweiz findet schliesslich zurück zu altem Tellen-Geist, als hätte Tell über der Eigenständigkeit der Schweiz gewacht – auch in der Zeit, da die Classe politique und die Medien die Eigenständigkeit geringschätzten.

Freiheit und Verantwortung, Lachen 2021, 272 S, brosch., Ihr Schweizerzeit-Sonderpreis: Fr. 15.–

Verlockung der Macht

Die Kunst, die offene Gesellschaft zu verteidigen

Olivier Kessler (Hrsg.)
Machtballung und Medieneintopf prägen die Gegenwart. Das Liberale Institut vermittelt dazu aufrüttelnde Kommentare herausragender Freiheits-Verteidiger der Gegenwart. Neben dem Herausgeber gehören Philipp Bagus (Professor für Volkswirtschaftslehre), David Dürr (Professor für Privatrecht Uni Zürich), Hans-Hermann Hoppe (Ökonom), Urs Lehmann (Direktionsmitglied Empa), Andreas Marquart (Währungs-Sachverständiger), Robert Nef (Philosoph und Publizist) nebst anderen zu den Autoren.

Liberales Institut, Zürich 2022, 273 S., brosch., (Richtpreis Fr. 24.60) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 22.20

AKTUELL

Das Inflations-Gespenst

Eine Weltgeschichte von Geld und Wert

Thomas Mayer
Dieses Buch verschafft Klarheit: Übermässige Verschuldung und nicht mehr korrigierbare Überschuldung hatten immer die Zertrümmerung des Geldwerts zur Folge – mit Inflationen, die regelmässig die Weltgeschichte umwälzten. Ein Buch, das als Warnung zu verstehen ist.

Ecowin, Salzburg und München 2022, 400 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 38.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 35.–

Unsere Überlebensformel

Neun globale Krisen und die Lösungen der Wissenschaft

Ulrich Eberl
Energieversorgung, Mobilität, Wachstum der Städte, Konsumkrise, Artensterben, die Krise der Landwirtschaft, Gesundheitskrisen, Intelligenzkrise und Wandelskrise: Das sind die neun Geisseln der Menschheit, zu denen Analysen, Gedanken und Vorschläge präsentiert werden. Ein Buch, das zum Denken anregt.

Piper, München 2022, 416 S., geb., (Richtpreis Fr. 33.90) Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 30.50

Totgedacht

Warum Intellektuelle unsere Welt zerstören

Roland Baader
Kein neues Buch. Der Autor ist vor zehn Jahren gestorben. Aber ein überaus aktuelles, aufrüttelndes Buch vom überzeugendsten Freiheitsdenker im deutschen Sprachraum seit dem Zweiten Weltkrieg.

Lichtschlag, Gravenbroich 2020 (2002), 286 S., brosch., (Richtpreis Fr. 25.90) Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 23.30

Die neue Schweigespirale

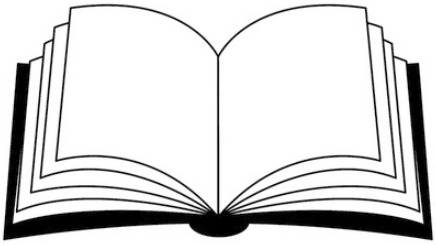
Wie die Politisierung der Wissenschaft unsere Freiheit einschränkt

Ulrike Ackermann
Die Forderung nach Political Correctness kanalisiert auch das wissenschaftliche Denken, stösst Querdenker aus, verlangt meinungsuniformierte Gefolgschaft für den Mainstream. Was dabei mit der Wissenschaft geschieht: Darüber orientiert dieses Buch.

wbg Theiss, Darmstadt 2022, 176 S., brosch., (Richtpreis Fr. 30.90) Ihr Schweizerzeit-Preis Fr. 27.80

Die Schweizerzeit liefert Ihnen sämtliche Bücher deutlich günstiger als zu den vorgegebenen Richtpreisen. Erfüllen Sie sich doch all Ihre Bücherwünsche via Schweizerzeit-Bücherdienst.

MITTEILUNG AN UNSERE BÜCHERKUNDEN



Die Zusammenarbeit bezüglich Auslieferung der bei der Schweizerzeit bestellten Bücher mit dem Weber-Verlag in Thun ist per 30. Juni 2022 ausgelaufen. Die Schweizerzeit bedankt sich für alle vom Weber-Verlag im Rahmen dieser Zusammenarbeit erbrachten Leistungen.

Gleichzeitig freuen wir uns, der Leserschaft als neue Partnerin die auf Versandhandel spezialisierte adhoc-Buchhandlung in Wil/SG vorstellen zu können.

An den Versandbedingungen ändert sich nichts. Wir sind überzeugt, mit der für das Versandgeschäft bestens ausgerüsteten neuen Partnerin eine unseren Bücherkunden dienende gute Zusammenarbeit aufbauen zu können.

Schweizerzeit-Bücherdienst

BUCHZEICHEN

Was bleibt – was geht?

Von einem, der sein Leben ständig neu erfindet

Peter Gisler
Zur Ferienzeit nicht ein politisches Buch – vielmehr eine Lebensgeschichte aus der unmittelbaren Umgebung des Schweizerzeit-Verlags.

Missliche Lebensumstände bescheren einem Knaben namens Fredi eine Jugend als Verdingbub. Er erlebt dabei Schweres, aber auch Posititves. Er lernt, sich nicht bloss zu beklagen, vielmehr aus Gegebenheiten das Beste zu machen.

Und er meistert schliesslich ein Leben, das ihm – wenn auch spät – echte Erfüllung schenkt. Die Geschichte eines Schweizers, der trotz Widrigkeiten seinen Weg durchs Leben findet.

Stämpfli, Bern 2021, 254 S., geb., (Richtpreis Fr. 34.–)
Ihr Schweizerzeit-Preis: Fr. 30.60

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

☐	Carlo Jagmetti – Tell wacht	**à Fr. 15.–**

Aktuell

☐	Thomas Mayer – Das Inflations-Gespenst	**à Fr. 35.–**
☐	Roland Baader – Totgedacht	**à Fr. 23.30**
☐	Olivier Kessler – Verlockung der Macht	**à Fr. 22.20**
☐	Ulrich Eberl – Unsere Überlebensformel	**à Fr. 30.50**
☐	Ulrike Ackermann – Die neue Schweigespirale	**à Fr. 37.35**

Buchzeichen

☐	Peter Gisler – Was bleibt – was geht?	**à Fr. 30.60**

Bestellung an:

Schweizerzeit-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach
Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der Schweizerzeit-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 9.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei. *(14/15.07.2022)*

Name / Vorname _____

Strasse / Nr. _____

PLZ / Ort _____ Tel-Nr. _____

Datum _____ Unterschrift _____

SCHWEIZERZEIT-ONLINE

#digital

Die «Schweizerzeit» ist auch online mit brisanten Beiträgen vertreten.

Jetzt scannen und entdecken

Die nächste Schweizerzeit erscheint am

19. August 2022

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG, 8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Aktionen: Michael Trachsel

Veranstaltungen: Denise Betschart

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein, Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier, Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus Melzl, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Isabel Villalon

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG, Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten, T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF / EUR 80.–

Abtreibungs-Fanatismus

In den vergangenen Wochen ist die Abtreibungsdebatte hierzulande neu aufgeflammt. Stein des Anstosses: Das Oberste Gericht der USA, der Supreme Court, hob das stark umstrittene, 1973 gefällte Grundsatzurteil «Roe v. Wade» wieder auf. Neu soll die Rechtsprechung zu Abtreibungen wieder ganz in der Kompetenz der Bundesstaaten liegen – es gibt kein übergeordnetes Bundesrecht mehr. Eine Stärkung des Föderalismus also, die auf unterschiedliche Wertvorstellungen in den über fünfzig US-Bundesstaaten Rücksicht nimmt.

Seither geifern Feministinnen und Linke in alle Richtungen, als wäre ihnen der leibhaftige Satan erschienen. Für diese links-grün-woke- Allianz ist es nämlich eines der wichtigsten Selbstbestimmungsrechte, dass Frauen in ihnen heranwachsende Föten – ohne Mitsprache des Mannes – vor der Geburt töten lassen dürfen. Dieses so hart erkämpfte, unbedingte Recht auf Tötung des im eigenen Leib entstehenden Lebens sehen Schweizer Feministinnen nun arg bedroht. Dies besonders auch deswegen, weil vor ein paar Monaten zwei neue Lebensschutz-Volksinitiativen lanciert wurden.

Diese Initiativen aus der Stube bösester Erzkonservativer seien derart brandgefährlich, dass schon jetzt aus allen Rohren geschossen wird. Das Sakrileg dieser Initiativen: Sie wollen vor Abtreibungen einen Tag Bedenkzeit verankern («Einmal-darüber-schlafen-Initiative») und ausserhalb des Mutterleibes lebensfähigen Babys ein absolutes Recht auf Leben gewähren («Lebensfähige-Babys-retten-Initiative»). Zwei wahrlich wahnsinnig radikale Initiativen, bei denen jeder versteht, dass die Linken Amok laufen (Ironie aus) …

Befremdend ist, dass sich die Abtreibungs-Fanatiker auch innerhalb der SVP stark ausbreiten. Aussagen etlicher junger SVP-Frauen zu Abtreibungen unterscheiden sich kaum mehr von linkem Feminismus-Sprech. Eine andere Meinung zu haben, ist das eine. Wenn aber solche SVP-Frauen gleichzeitig dafür sorgen, dass ganze JSVP-Sektionen (Aargau und Zürich) öffentlich gegen den schweizerischen JSVP-Präsidenten schiessen, weil dieser für die Lebensschutz-Initiativen tätig ist, werden hier nebst der Propaganda der Antifa auch deren Methoden in die SVP hineingeschleust.

Noch erbärmlicher ist in diesem Zusammenhang, mitansehen zu müssen, was aus dem Nachwuchs des einst stolzen Freisinns geworden ist. Die Jungfreisinnigen fordern nämlich neuerdings die straffreie Abtreibung bis zur 24. Schwangerschaftswoche! Einfach krank, was für eine Geisteshaltung sich bei Liberalen breitmacht.

Anian Liebrand

Schluss Punkt